

Dorothee Bohle

„Race to the bottom“? Die Dynamik der Konkurrenzbeziehungen in der erweiterten Europäischen Union

1. Einleitung

Nach der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre hat sich die europäische Integrationsweise tiefgreifend gewandelt. War ursprünglich die Rolle der europäischen Institutionen auf die Absicherung nationaler Entwicklungspfade begrenzt, so hat sich mit dem Binnenmarktprojekt, der Wirtschafts- und Währungsunion und zuletzt der Lissabon Strategie eine neue, „wettbewerbsstaatliche“ Integrationsweise herausgebildet (Ziltener 1999). Hier übernehmen die europäischen Institutionen einerseits selber wichtige staatliche Funktionen. Andererseits fördert die EU über ihre Projekte den Umbau der Nationalstaaten, um diese auf das umfassende Ziel der Wettbewerbsfähigkeit hin auszurichten.

Durch die neue Integrationsweise können transnationale Konzerne (TNKs) ihren Handlungsspielraum erheblich ausdehnen. Einerseits haben sie, im Gegensatz zu vielen national ausgerichteten Unternehmen, Arbeitern und Gewerkschaften, direkten Zugang sowohl zu den europäischen wie den nationalen Institutionen. Zweitens werden über die neue, wettbewerbsstaatliche Integrationsweise die Nationalstaaten miteinander in direkte Konkurrenz gesetzt, um den Unternehmen bessere Verwertungsbedingungen zu bieten.

Die Osterweiterung der EU hat diesen Konkurrenzdruck verstärkt. Mit ihr sind eine Reihe von Staaten in die EU aufgenommen worden, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht weit weniger entwickelt sind als die alten EU Staaten. Vielfach wird argumentiert, dass die neuen Mitglieder im innereuropäischen Wettbewerb um Marktanteile und ausländische Direktinvestitionen (ADI) gegenüber den alten Mitgliedsstaaten erhebliche Vorteile haben. Sie gelten aufgrund ihrer weniger regulierten industriellen Beziehungen, unternehmensfreundlicheren Besteuerung, niedrigeren Lohnkosten und zum Teil flexibleren Arbeitsmärkte zunehmend als bevorzugte Standorte für TNKs, und damit als Auslöser eines verstärkten Deregulierungsdrucks auf die alten EU-Mitglieder.

Dieser Artikel teilt prinzipiell die Annahme, dass die Osterweiterung den Spielraum transnationaler Konzerne noch einmal vergrößert hat, und damit

zugleich den Deregulierungsdruck innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums verstärkt. Allerdings richtet sich der Artikel gegen eine allzu vereinfachende Sichtweise, der zufolge die europäischen Ökonomien in einem „race to the bottom“ eingetreten sind, in dem diejenigen Staaten, die am stärksten dem neoliberalen Idealbild entsprechen, den Sieg um Märkte und Direktinvestitionen davontragen. Um die Dynamik, Grenzen und Widersprüche des zunehmenden Standortwettbewerbs im erweiterten Europa auszuloten, werde ich zunächst den gegenwärtigen europäischen Integrationspfad genauer charakterisieren (Teil 2), und anschließend darstellen, welche Kapitalismus-Modelle sich als Ergebnis der Transformation und europäischen Integration in Osteuropa entwickelt haben (Teil 3). Wie ich anschließend zeigen werde, sind es nicht die neoliberalen, baltischen Länder, die sich erfolgreich in der Konkurrenz um Direktinvestitionen und Märkte durchsetzten, sondern vielmehr die vier Visegrad-Staaten (benannt nach dem ungarischen Ort, in dem sie 1991 ein Kooperationsabkommen schlossen) Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei mit ihren Subventions- und Industriepolitiken und ihren im ost-europäischen Vergleich durchaus großzügigen Sozialstaaten (Teil 4).

2. Wettbewerbsstaatliche Integrationsweise und eingebetteter Neoliberalismus als neue Regulation des europäischen Wirtschaftsraumes

In der kritischen sozialwissenschaftlichen Literatur wird seit langem darauf hingewiesen, dass die europäische Integration seit den 1980er Jahren einen qualitativen Wandel vollzogen hat. Ging vom Integrationsprozess in den Nachkriegsjahrzehnten nur ein begrenzter Impuls zur Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume aus, und wurden indirekt sogar die nationalen, binnenwirtschaftlich ausgerichteten Entwicklungsprozesse und wohlfahrtstaatlichen Institutionen der EG Mitgliedsländer gestärkt, so änderte sich dies mit dem Integrationsschub, mit dem die EG auf die Krise des Fordismus reagierte. Die zentralen Integrationsprojekte der letzten zwei Dekaden - der Binnenmarkt, die Währungsunion sowie die Lissabon Strategie - zielen auf die Errichtung eines integrierten europäischen Wirtschaftsraumes, innerhalb dessen der Wettbewerbs- und Reformdruck für die einzelnen Volkswirtschaften intensiviert, und in der Folge die internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Ökonomie verbessert wird. Über die Deregulierung nationaler Märkte und deren partielle Re-regulierung auf europäischer Ebene, die supranationale Institutionalisierung einer einseitig an makroökonomischer Stabilität ausgerichteten Wirtschafts- und Geldpolitik, die europäische Förderung von Innovations- und Industriepolitik sowie einer an „workfare“ statt „welfare“ (d.h. der Arbeitsfähigkeit von Individuen) ausgerichteten Sozialpolitik werden die EU-Mitgliedsstaaten zunehmend unter Druck gesetzt, ihre wirtschafts- und sozial-

politischen Systeme grundlegend marktförmig zu gestalten. Ziltener (1999) bezeichnet diese neue Integrationsweise als „wettbewerbsstaatlich“. Mit diesem Begriff knüpft er an der Literatur zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ an (siehe grundlegend Hirsch 1995, Altvater 1994). Kennzeichen des nationalen Wettbewerbsstaates ist die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Potentiale auf das Ziel des Überlebens in der internationalen Standortkonkurrenz. Der Wettbewerbsstaat ist damit keinesfalls mit dem „schlanken“ Staat gleichzusetzen. Wettbewerbsfähigkeit muss vielmehr hergestellt werden, und dies geschieht über den Ausbau der weltmarktorientierten Industrie-, Forschungs-, Technologie-, Infrastruktur- und Innovationspolitik zur Stärkung der einheimischen Unternehmen, über die großzügige Subvention von ausländischen Unternehmen, um diese zu Investitionen zu bewegen, und auch über aktivierende Sozialpolitiken und die Beteiligung der Gewerkschaften in der Standortkonkurrenz.

Eine zentrale Schwäche des Konzeptes vom Wettbewerbsstaat ist jedoch sein nahezu ausschließlicher Fokus auf die nationale Ebene der neuen Staatlichkeit. Ziltener argumentiert darüber hinaus, dass die EU ein zentraler Bestandteil der europäischen Staatlichkeit ist. Einerseits hat die europäische Ebene selber zunehmend staatliche Funktionen übernommen – man denke hier insbesondere an die Währungsunion, aber auch an die Ausdehnung der Mitgestaltungs- und Entscheidungsbefugnisse der europäischen Ebene in einer immer größeren Anzahl von Politikfeldern. Andererseits übernimmt die europäische Ebene als „zentrale Schnittstelle“ wichtige Funktionen zur Förderung der (nationalen) Wettbewerbsstaatlichkeit, entweder durch direkte politische Vorgaben oder indirekt durch die Stärkung von Marktkräften und Regimekonkurrenz (Ziltener 1999, siehe auch Jessop 2005, Bieling/Deppe 2003).

Der Strukturwandel von Staatlichkeit und europäischer Integrationsweise ist wesentlich der Versuch einer Antwort auf die tiefe sozio-ökonomischen Krise, die mit dem Ende des Fordismus ausbrach. (Mindestens) drei zentrale Entwicklungen trugen dazu bei, dass staatliche Akteure offener wurden für Rezepte, in deren Zentrum Unternehmensinteressen standen: Erstens verringerte sich mit dem Ausbruch der Krise und der darauf folgenden langanhaltenden Wachstums- und Stagnationsschwäche die Bereitschaft staatlicher und gesellschaftlicher Akteure, Unternehmen mit unliebsamen Entscheidungen zu konfrontieren. Grob gesagt, spiegelt sich hierin die strukturelle Abhängigkeit kapitalistischer Staaten von Unternehmen, die sich in Krisenzeiten stärker manifestiert als in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität, wider (siehe z.B. Palan 2006). Diese strukturelle Abhängigkeit hat sich zweitens durch die Internationalisierung des Kapitals, welches unter der Ägide der *Pax Americana* einen wesentlichen Aufschwung genommen hat, noch einmal erhöht, da das Kapital nun explizit mit „exit“ drohen, und dadurch Staaten gegeneinander ausspielen kann. Zugleich hat drittens die zunehmende Arbeitslosigkeit in fast allen europäischen Gesellschaften zu einer Umdeutung von Sozialpolitik und gesellschaftlicher So-

lidarität beigetragen. Nunmehr gelten Maßnahmen, die vermeintlich Arbeitsplätze schaffen, als sozial und solidarisch (Flassbeck zitiert in Brie 2005: 100).

Nun ist die neue europäische Integrationsweise nicht generell unternehmensfreundlich, sondern es ist insbesondere das transnationale Kapital, welches sich als treibender Motor der europäischen Integration etablieren konnte, und welches von der Integrationsweise am stärksten profitiert. Wie in der kritischen Integrationsforschung vielfach belegt, haben transnationale Konzerne eine bedeutende Rolle in der Initiierung der zentralen europäischen Integrationsprojekte sowie des dominanten Diskurses der Wettbewerbsfähigkeit gespielt (van Apeldoorn 2000, Balanya et al 2001). Die neue Integrationsweise führt zudem zu einer kontinuierlichen Erweiterung des Handlungsspielraums dieser Akteure, erstens aufgrund der strategischen Selektivität der europäischen Staatlichkeit, d.h. der Tatsache, dass diese mit ihrem Mehrebenensystem für das transnationale Kapital eher zugänglich ist als für andere gesellschaftliche Kräfte (zur strategischen Selektivität siehe Jessop 1990: 149ff.). TNKs haben direkten Zugang sowohl zu den europäischen wie den nationalen Institutionen, und „profitieren von der Intransparenz der europäischen Entscheidungsverfahren, dem Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit [und D.B.] von der Tatsache, dass Kommission und Ministerrat zu keinerlei Rechenschaft gegenüber den WählerInnen verpflichtet sind“ (Wissen 2005). Im Gegensatz hierzu haben viele national ausgerichtete Unternehmen sowie Arbeiter und Gewerkschaften zumeist nur über ihre nationalen Regierungen indirekten Zugang zu europäischen Institutionen, und sind in ihren Interessen darüber hinaus entlang nationaler Spaltungslinien fragmentiert. Zweitens werden über die neue, wettbewerbsstaatliche Integrationsweise die Nationalstaaten miteinander in direkte Konkurrenz gesetzt, um den Unternehmen bessere Verwertungsbedingungen zu bieten.

Obwohl die neue europäische Integrationsweise deutlich neoliberale Züge trägt, wird die EU dennoch häufig als Gegenmodell zum entfesselten neoliberalen Kapitalismus wahrgenommen, der, von den USA ausgehend, wesentliches Merkmal der Globalisierung ist. Vertreter dieser Position verweisen insbesondere auf das europäische Kapitalismusmodell, welches weniger auf marktformigen denn auf kooperativen und langfristigen Beziehungen zwischen Banken, Unternehmen und Arbeitnehmern beruht; in dem Sozialstaaten stärker ausgebaut sind, und deshalb die soziale Ungleichheit geringer ist als in den USA (siehe z.B. Habermas/Derrida 2003, Rifkin 2004).¹ Auch die EU selber sieht in ihrem „sozialen Modell“ einen Faktor ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit, womit Sozialpolitik allerdings zunehmend auf ihre produktive Funktion verengt wird (Urban 2003).

1 Diesen Autoren zufolge ist es nicht allein die sozialere Variante des Kapitalismus, welches Europa von den USA unterscheidet, sondern ebenso die Außenpolitik: Während die USA zunehmend in Richtung kriegerischen Unilateralismus abdrifte, sei es das Kennzeichen europäischer Außenpolitik, am Multilateralismus und am Verhandlungswege festzuhalten.

Die Sichtweise von der EU als Gegenmodell zur US dominierten neoliberalen Globalisierung ist verkürzt. Erstens ist die EU selber ein zentraler Akteur in der Globalisierung (Beckmann/Bieling 2005), und zweitens unterschätzt diese Sichtweise die Dynamik der anhaltenden neoliberalen Restrukturierung des europäischen Kapitalismus (siehe z.B. den Artikel von Bieling in diesem Heft). Dennoch ist es nicht falsch, auf die Unterschiede zwischen dem ausgeprägteren neoliberalen Kapitalismus der USA und dem europäischen Kapitalismusmodell hinzuweisen.² Zumindest drei Argumente scheinen dafür zu sprechen, dass diese Unterschiede in absehbarer Zukunft relevant bleiben werden. Erstens haben Arbeiten zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaatsabbaus gezeigt, dass dieser keiner linearen Logik folgt. Vielmehr erfährt der Sozialstaat in den Gesellschaften, in denen er in der Nachkriegszeit stark ausgebaut wurde, deutliche Unterstützung von breiten gesellschaftlichen Kräften, die sich erfolgreich gegen seinen radikalen Abbau wenden. So sind es bislang die liberalen Marktwirtschaften (also Großbritannien oder die USA), die den radikalsten Sozialstaatsabbau durchgesetzt haben, und nicht die kontinentaleuropäischen oder skandinavischen Länder mit ihren weit großzügigeren Sozialstaaten (Piereson 2002). Zweitens beruht der europäische Kapitalismus stärker auf solchen Sektoren, für deren Funktionieren längerfristige Beziehungen zwischen Unternehmen, Banken und Arbeitnehmern, sowie soziale Sicherungssysteme, die es Arbeitnehmern ermöglichen, firmen- und industriespezifische Fertigkeiten zu erlernen, funktionaler sind als kurzfristige marktformige Beziehungen (zum grundlegenden Argument siehe Hall/Soskice 2001, Iversen 2005). Mit anderen Worten, für den europäischen Kapitalismus sind immer noch Industrien der „alten Ökonomie“ von sehr viel zentralerer Bedeutung als für die US-Ökonomie.³ Drittens wird der transnationale europäische Kapitalismus erst hergestellt. In dieser Situation ist staatliche Unterstützung für nationale Unternehmen, die sich im sich herausbildenden europäischen und globalen Markt neu positionieren, zentral. Ebenso sehen staatliche Akteure sich mit Anforderungen von Unternehmen konfrontiert, sie gegen zu aggressive ausländische Konkurrenz zu schützen, beispielsweise in Fällen von feindlichen Übernahmen. Schließlich suchen Staaten häufig auch, ihren Wirtschaftsraum so attraktiv wie möglich für transnationale Konzerne zu machen. Staatliche Akteure sehen

2 Streng genommen ist es natürlich falsch, von einem europäischen Kapitalismusmodell zu sprechen, da die nationalen institutionellen Unterschiede nach wie vor sehr groß sind. Ich nutze diesen Begriff hier zur Kennzeichnung der Grundzüge des kontinentaleuropäischen Kapitalismus.

3 Dies wird auch deutlich, wenn man sich die Zusammensetzung des European Roundtable of Industrialists (ERT) ansieht, der Interessensvertretung von TNKs in Europa, der gemeinhin am meisten Einfluss auf die europäische Politik nachgesagt wird. Ein Großteil der Mitglieder vertreten immer noch industrielle Konzerne (Automobil, Stahl, Lebensmittel u.a.) oder Konzerne, die Rohstoffverarbeitung betreiben. Nur langsam stoßen auch Konzerne der „neuen Ökonomie“ wie z.B. E.ON hinzu (http://www.ert.be/all_members_since_1983.htm).

sich damit insgesamt mit einer Reihe von widersprüchlichen Ansprüchen konfrontiert, die nicht einfach mit dem neoliberalen Idealtyp eines schlanken Staates und einer kompetitiven Marktordnung einhergehen. Palan bringt dies auf den Punkt, wenn er schreibt:

„The new period of globalization displays market strength and confidence of capital and, yet, it is a period also characterized in business literature and magazines as extremely hazardous and difficult (...). Contrary to the belief, the ideology of neoliberalism and open markets is not necessarily an unadulterated business ideology, unless one accepts the proposition that ‘business likes competition’. It is far more appropriate to say that business likes competition when it suits - which is a rare occurrence indeed - business likes no doubt an efficient and flexible labor market, business does not mind at all competition among governments in the provision of sweeteners, subsidies and other incentives (...). But business, as a general proposition, does not like competition.“ (Palan 2006: 258).

Meine Vermutung ist, dass innerhalb der EU der Druck, den unterschiedlichen Anforderungen von Unternehmen gerecht zu werden, größer ist und auch in höherer Staatsaktivität mündet als in den USA, da die USA einerseits seit langem einen integrierten Binnenmarkt haben, und da andererseits das europäische Mehrebenensystem erheblich mehr „veto-points“, d.h. mehr institutionelle Einspruchsmöglichkeiten aufweist als der US-amerikanische Föderalismus.

Die Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen und europäischen Kapitalismus sind jedoch nicht in Stein gemeißelt. Die Veränderung des europäischen Kapitalismus kann in Anlehnung an Polanyi (1977) als Doppelbewegung bezeichnet werden, d.h. einerseits als Bewegung hin zum Wirtschaftsliberalismus, die von bestimmten gesellschaftlichen Kräften unterstützt wird. Hier sind insbesondere die institutionellen Investoren und Investmentbanken zu nennen, die die finanzkapitalgetriebene Akkumulation entscheidend vorantreiben (siehe Bieling in diesem Heft). Die Bewegung hin zum Liberalismus löst jedoch Gegenbewegungen zum Schutz der Gesellschaft vor uneingeschränkten Märkten aus. Polanyi argumentiert dabei, dass als Kräfte der Gegenbewegung nicht nur die Arbeiter (und Feudalherren) fungieren, sondern sämtliche gesellschaftlichen Kräfte, die ihre Sicherheit und ihr Einkommen von der Einführung des freien Marktes gefährdet sehen. Damit sind Industrielle und Unternehmen unter bestimmten Bedingungen ebenso Träger der Gegenbewegung zum freien Markt wie Arbeiter oder Feudalherren (Polanyi 1977, 186ff.). Anknüpfend an diese Gedanken kann die gegenwärtige Form des europäischen Kapitalismus als „eingebetteter Neoliberalismus“ bezeichnet werden (van Apeldoorn 2002). Der durch die Globalisierung ausgelöste Schub in Richtung Deregulierung, Liberalisierung und die Herstellung freier Märkte wird im europäischen Mehrebenensystem immer wieder durch die Gegenbewegung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gebrochen. Die neue europäische Ordnung unterscheidet sich allerdings weitreichend von der Nachkriegsordnung des „eingebetteten Liberalismus“, in welchem detaillierte Regulierungen den Marktmechanismus in weiten Bereichen ökonomischer Ak-

tivitäten eng begrenzten, und so einer Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppen Sicherheit gab (Ruggie 1982). Während in der Nachkriegszeit die gesellschaftliche Einbettung in der Tat ein Gegengewicht zur Liberalisierung geschaffen hat, ist die Einbettung des Neoliberalismus auf institutionelle Beharrungskräfte und punktuellen Widerstand gegen die Liberalisierung begrenzt. Gleichzeitig kommen wesentliche Einschränkungen des Marktmechanismus ganz überwiegend den TNK zugute, und unterstützen diese bei ihrer Ausdehnung.

Welche Rolle nimmt nun die Osterweiterung in der Doppelbewegung von Liberalisierung und gesellschaftlicher Protektion ein? In der kritischen Literatur zur Osterweiterung, aber auch in der öffentlichen Meinung wird diese als ein weiterer Hebel der Deregulierung und Liberalisierung des europäischen Kapitalismusmodells gesehen. Vereinfacht skizziert, wird das westeuropäische Kapitalismusmodell von zwei Seiten in die Zange genommen: einerseits erodieren institutionelle Investoren und Investmentbanken mit ihren *shareholder values* die traditionell kooperativen Beziehungen zwischen Unternehmen, Belegschaften und Banken, andererseits initiieren die osteuropäischen Länder aufgrund ihrer weniger regulierten industriellen Beziehungen, unternehmensfreundlicheren Besteuerung, niedrigeren Lohnkosten und zum Teil flexibleren Arbeitsmärkte einen Wettlauf um die niedrigsten Sozialstandards- und Steuersätze, durch den sie „die Administrationen der Alt-EU vor sich hertreiben“ (Hofbauer 2005: 140). Während diese Sichtweise nicht ganz falsch ist, werde ich im folgenden jedoch zunächst genauer ausloten, was für Kapitalismen in Osteuropa entstanden sind, um so besser bestimmen zu können, welche Auswirkungen die Osterweiterung für die Ordnung des eingebetteten Neoliberalismus hat.

3. Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus in Osteuropa⁴

Die Erweiterung hat es der EU erlaubt, die Kernelemente ihrer neuen Wirtschaftsordnung nach Osteuropa auszudehnen. Bereits frühzeitig wurden die Beitrittskandidaten gehalten, ihre Märkte und ihren Außenhandel zu liberalisieren, und das Binnenmarktregime zu adoptieren. Während der Vorbereitung auf den Beitritt wurden makroökonomische Entwicklung, geld- und haushaltspolitische Programme, Privatisierung und Fortschritte in Verwaltungs-, Regional- und Struktur- und Sozialversicherungsreformen der Kandidaten regelmäßig von der EU überprüft. Die osteuropäischen Länder wurden auch gehalten, sich auf die Einführung des Euro und die damit einhergehenden geld- und haushaltspolitischen Kriterien vorzubereiten.

Drei Faktoren haben allerdings bislang dazu geführt, dass der Neoliberalismus in den neuen EU Mitgliedern insgesamt weniger eingebettet ist als in den mei-

4 Das folgende ist eine Zusammenfassung von Bohle/Greskovits (2007).

sten alten Mitgliedsstaaten. Erstens hat die EU selber eine marktradikalere Variante der europäischen Ordnung nach Osteuropa exportiert, indem sie vorrangig auf die Ausdehnung der Kernbereiche der ökonomischen Deregulierung achtete, und der Übernahme des sozialen oder innovationspolitischen *acquis* weniger Beachtung schenkte. Zweitens konnten die osteuropäischen Gesellschaften dem Neoliberalismus zumindest in der ersten Dekade der Transformation zumeist vergleichsweise wenig entgegensetzen. Dies ist vor allen Dingen darauf zurückzuführen, dass der Neoliberalismus die radikalste Kritik am diskreditierten sozialistischen System darstellte und dass linke Parteien und Gewerkschaften geschwächt aus dem Systemwandel hervorgingen. Drittens sind die osteuropäischen Gesellschaften wesentlich abhängiger von Kapitalimporten als die meisten westeuropäischen, eine Tatsache, die durch ihre Annäherung an die EU verstärkt wurde (Bohle 2002a).

Dennoch hat die Annäherung an die EU keineswegs zu einer Konvergenz unter den neuen Mitgliedern geführt. Sie weisen vielmehr erhebliche Unterschiede in ihren Reformstrategien, institutionellen Konfigurationen, und ihren Abhängigkeitsstrukturen auf. So sind es die baltischen Staaten, d.h. Estland, Lettland und Litauen, die ihre Ökonomien am radikalsten liberalisiert und dereguliert haben (Feldmann 2001). Estland ist bekannt für die völlige Abschaffung seiner Außenhandelsstarife, ein Schritt, der selbst der Welthandelsorganisation zu radikal erschien. Gleichzeitig haben die Reformer in den baltischen Staaten von Anfang an der makroökonomischen Stabilität höchste Priorität eingeräumt. Zwei der drei baltischen Staaten haben ein sogenanntes *currency-board* eingerichtet. Dieses institutionelle Arrangement unterbindet jeglichen politischen Spielraum in der Wechselkurspolitik. In Estland hat außerdem die Pflicht zu einem ausgeglichenen Haushalt Verfassungsrang. Neben Slowenien sind die baltischen Staaten auch diejenigen, die versuchen, sich möglichst frühzeitig für den Euro zu qualifizieren.

Die Reformpolitik in den baltischen Staaten hat katastrophale soziale Auswirkungen. Die soziale Ungleichheit ist in diesen Ländern stärker gestiegen als in den meisten anderen Ländern Mittelosteuropas (MOE). Die Löhne sind zunächst drastisch gefallen, und liegen trotz Lohnzuwächsen auch in 2002 noch weit unter dem Stand von 1989. Die Arbeitslosigkeit ist mit über 10% (2002-2005) hoch, ebenso wie in den meisten anderen MOE. Im Gegensatz zu diesen haben die baltischen Staaten jedoch nur sehr wenig Bereitschaft zur sozialstaatlichen Kompensation gezeigt. Die Sozialleistungsquote, die im EU Durchschnitt bei 28% liegt, beträgt in den baltischen Staaten gerade mal etwas über 13%. Ein Arbeitsloser in Estland bekommt für maximal 9 Monate 7% des Durchschnittslohns als Arbeitslosengeld ausgezahlt (Riboud et al 2002: 11, 37). Gewerkschaften sind so gut wie nicht existent. Die baltischen Staaten haben damit insgesamt unter den neuen EU Mitgliedsstaaten am konsequentesten ein neoliberales Regime ohne Adjektiv durchgesetzt. Ihre institutionelle

Konfiguration entspricht am ehesten den Prinzipien des „neuen Konstitutionalismus“ (Gill 2000), in dem breite Teile der wirtschaftlich-sozialen Ordnung von politischen und demokratischen Einflüssen isoliert werden, und quasi als Sachzwänge auf die Gesellschaft einwirken.

Auf der entgegengesetzten Seite des osteuropäischen Spektrums steht Slowenien, welches sich am weitesten neoliberalen Reformen jeglicher Couleur widersetzt hat. Slowenien hat unter den osteuropäischsten Staaten den graduellsten Reformpfad eingeschlagen, und in vielfacher Hinsicht auf das sozialistische Erbe gebaut. Zwar wurden auch hier die Märkte dereguliert und liberalisiert, und eine stabilitätsorientierte makroökonomische Politik eingeleitet. Im Gegensatz zu den baltischen Staaten erfolgten die Reformen jedoch sehr graduell, und beruhten auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens. In Slowenien wurden die Gewerkschaften, die nicht nur im osteuropäischen Vergleich nach wie vor sehr stark sind, fast von Anfang an in den Reformprozess mit einbezogen (Stanojevic 2003). Die sozialen Konsequenzen der Marktreformen waren vergleichsweise gering: weder ist die Arbeitslosigkeit, Armut oder Ungleichheit in Slowenien stark angestiegen, noch mussten die Arbeitnehmer nach 1990 zu starke Lohnneinbussen hinnehmen. Auch in der Privatisierungspolitik wurde eine Linie gefahren, die interne Lösungen, einschließlich Übernahmen durch die Belegschaft gegenüber ausländischen Investoren bevorzugte. Slowenische Regierungen haben immer wieder auch während des Erweiterungsprozesses die EU-Auflagen als zu neoliberal kritisiert, und sich insbesondere dem Drängen der EU auf Privatisierung ihrer strategischen Sektoren erfolgreich widersetzt (Lindstrom/Piroska 2002). Insgesamt entspricht Slowenien in vielfacher Hinsicht den westeuropäischen *neo-korporatistischen* Gesellschaften.

Die vier Visegrad-Staaten nehmen eine mittlere Position zwischen dem baltischen Markttradikalismus und dem slowenischen Neokorporatismus ein. Auch hier hat eine weitreichende Deregulierung und Liberalisierung der Märkte und der Außenwirtschaft stattgefunden, die allerdings weniger radikal war als in den baltischen Staaten. Ein herausragendes Kennzeichen der Kapitalismustypen in den Visegrad-Staaten ist die zentrale Bedeutung ausländischer Investoren. Ungarn war Vorreiter in dieser Entwicklung. Hier war die Privatisierung von den frühen 1990ern auf die Attraktion ausländischer Investoren hin ausgerichtet. Im Gegensatz dazu versuchten Polen, die Slowakei und Tschechische Republik anfangs, einen nationalen Kapitalismus aufzubauen. Dies scheiterte jedoch, und seit der 2. Hälfte der 1990er Jahre hat sich auch hier ein abhängiger Kapitalismus herausgebildet (Bohle 2002b, Drahoukoupil 2006, siehe auch den Beitrag von Joachim Becker in diesem Heft). Alle vier Länder suchen seitdem erfolgreich, mittels vielfältiger Investitionsanreize, ADI anzuziehen. Diese beinhalten Steuerbefreiungen, direkte Subventionen für einzelne

Investitionen oder Schutzzölle gegen konkurrierende Produkte⁵ ebenso wie Infrastrukturvorleistungen, die Beteiligung am Aufbau spezifischer Qualifizierungsmaßnahmen oder die Reform der Arbeitsgesetzgebung in eine flexiblere Richtung.

Die auslandsinduzierte Akkumulation in den Visegradländern bringt eine Reihe sozialer Folgen mit sich (zum folgenden vgl. Bohle/Greskovits 2006). Einerseits zeichnet sich die Modernisierung und zunehmende Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Sektors der Visegrad-Staaten ab. Zumindest materiell profitieren hiervon auch die in diesen Industrien Beschäftigten: Insgesamt ist die Lohnentwicklung in den Visegrad-Staaten im osteuropäischen Vergleich sehr positiv, und es sind insbesondere Beschäftigte in TNKs, die überdurchschnittlich verdienen. Gleichzeitig aber weisen die Visegrad-Staaten die flexibelsten Arbeitsmärkte auf. Zugleich zeichnet sich insbesondere in Polen und der Slowakei ab, dass die Restrukturierung der Wirtschaft nur einen Teil der Gesellschaft positiv erfasst. Polen und die Slowakei haben die höchste Langzeitarbeitslosigkeitsrate in der gesamten EU, und auch ihre Arbeitslosigkeit ist mit um die 18% überdurchschnittlich hoch. Im Gegensatz zu den baltischen Staaten haben die Regierungen in den Visegrad-Staaten wiederholt versucht, die sozialen Konsequenzen der Transformation mit staatlichen Maßnahmen zu kompensieren (Orenstein/Haas 2002). So ist die Sozialleistungsquote im Vergleich mit den baltischen Staaten hoch. Auch wurden von unterschiedlichen Regierungen immer wieder Versuche unternommen, Gewerkschaften durch tripartistische Arrangements an sozio-ökonomischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Diese Arrangements waren allerdings nie von Dauer (Ost 2000).

Ein weiteres Merkmal der Ökonomien der Visegrad-Staaten ist schließlich ihre makroökonomische Instabilität. Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern ist es diesen bislang nicht gelungen, sich den Maastricht-Kriterien anzunähern. Dies führt zu heftigen politischen Konflikten zwischen Befürwortern eines schnellen EWU Beitrittes, die auf eine rasche Haushaltskonsolidierung drängen, und denjenigen politischen Kräften, für die der EWU Beitritt nicht an oberster Priorität steht.

Insgesamt kann das sozio-ökonomische Regime, welches sich in den Visegrad-Staaten herausgebildet hat, als die osteuropäische Variante des eingebetteten Neoliberalismus gelten. So fügen sich die Visegrad-Staaten am ehesten in die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der EU ein. Im Gegensatz zu den minimalistischen baltischen Staaten suchen diese Länder aktiv, ihre Standortbedingungen zu verbessern um ADI anzuziehen, und eröffnen damit transnationalen Konzernen verbesserte Verwertungsbedingungen. Im Gegensatz zu den meisten westlichen Staaten sowie Slowenien sind die Aktivitäten der Visegrad-

5 Da diese Maßnahmen größtenteils mit dem EU-Recht inkompatibel sind, sind die Staaten in letzter Zeit dazu übergegangen, insgesamt die Unternehmenssteuern zu senken.

Staaten allerdings kaum auf den Schutz der einheimischen Unternehmen und deren Positionierung im internationalen Wettbewerb gerichtet, sondern ausschließlich auf die Attraktion ausländischer Unternehmen. Unter den Bedingungen des abhängigen Kapitalismus bedeutet industrielle Protektion die Notwendigkeit, produktive Investitionen anzuziehen, um damit die Bedingungen für internationale Wettbewerbsfähigkeit und zugleich die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erzeugen. Zugleich konterkarieren die Visegrad-Staaten die Prinzipien des Marktes mit einem gewissen Maß sozialstaatlicher Protektion. Tabelle 1 fasst die Grundzüge der unterschiedlichen sozioökonomischen Regime, die sich in MOE als Ergebnis ihrer Transformation und „Europäisierung“ herausgebildet haben, zusammen.

Tabelle 1: *Kennzeichen der sozio-ökonomischen Regime der neuen EU-Mitglieder*

	Liberalisierung und makroökonomische Stabilität				Soziale- und Arbeitsmarktindikatoren				
	Liberalisierungsindex (2006)	Inflation (2004)	Haushaltsdefizit (03/04, % BIP)	Öffentl. Verschuldung (03/04)	Sozialausgaben (% BIP 2003)	Gini (2002)	Reallöhne (2002, 1989=100)	Arbeitslosigkeit (2002-05)	Arbeitsmarktflexibilität
Neoliberalismus (Baltikum)	2.1	2.7	- 1.1	13.6	13.4	33	68	10.4	51
Eingebetteter Neolib. (Visegrad)	2.3	5.4	5.8	46.8	20.4	28	105	12.7	34
Neokorporatismus (Slowenien)	2.4	3.6	-2.1	30.1	24.6	22	96	6.4	64
Euro-12	2.1	(2.6*)	(3*)	(60*)	28.1	K.A.	K.A.	8.6	51

* Referenzwerte nach dem Wachstums- und Stabilitätspakt.

Quellen: Bohle/Greskovits (2007). Spalte 1: Heritage Foundation (1 liberalisierteste Marktwirtschaft, 5 regulierteste); Sp. 2-4: EZB Konvergenzreport 2004; Sp. 5: Eurostat; Sp. 6: European Commission Report on Social Inclusion; Sp. 7: Transmonnee-Database; Sp. 8: Eurostat; Sp. 9: World Bank "Doing Business" (0 vollständig flexibilisiert, 100 vollständig reguliert).

4. Race to the bottom?

Welches sind die Rückwirkungen der Erweiterung auf die europäische Ordnung des eingebetteten Neoliberalismus? Ginge es nach den Vertretern der These des „race to the bottom“, so müssten es die baltischen Staaten sein, von denen der stärkste Regimewettbewerb ausgeht. Diese Staaten verzeichnen die niedrigsten Unternehmenssteuern, die niedrigsten Löhne, die geringsten Sozialausgaben und einen Staat, der die Kräfte des Marktes nicht großartig behindert. Von den einschlägigen Wirtschaftsforen wird dies entsprechend gewürdigt. Das World Economic Forum hat beispielsweise ein Ranking der neuen

Mitgliedsstaaten in Bezug auf ihre Erfüllung der Lissabonagenda vorgenommen. Hier landet Estland an erster, Lettland an dritter und nur Litauen abgeschlagen an sechster Stelle der osteuropäischen EU-Mitglieder. Estland und Lettland liegen damit vor allen Visegrad-Staaten (World Economic Forum 2004). Sieht man sich eine Reihe anderer Indikatoren an, so scheinen die baltischen Tiger jedoch eher zahnlos. Ihr BIP ist auch 2003 immer noch unter dem Niveau von 1989, sie sind keineswegs der bevorzugte Standort für Produktionsverlagerungen in der Region und ihre Exporte basieren ganz vorrangig auf Rohmaterialien und traditionellen Industriegütern (Textil, Bekleidung, einfache Holzverarbeitung).

Tabelle 2: Kennzeichen der Wettbewerbsfähigkeit der neuen EU-Mitglieder

	BIP (2004, 1989=100)	ADI/Kopf (kumuliert, 1989-2003, pro Kopf)	ADI in komplexen verarbeitenden Industrien* (kumuliert, pro Kopf)	Komplexe Exporte* (Anteil an gesamten Exporten der verarbeitenden Industrie, 2003)
Baltikum	97	1641	77	26
Visegrad-4	124	2581	744	53
Slowenien	126	1647	198	49

*Komplexe Industrien sind SITC codes 5 (Chemie) und 7 (Maschinen und Ausrüstungsgüter).

Quellen: Berechnet in Bohle/Greskovits (2007). Spalte 1: EBRD Transition Report, verschiedene Jahrgänge; Sp. 2: nach Angaben der Ausländischen Investitionsagenturen der einzelnen Länder; Sp. 3: Comtrade Database der UN.

Dieses makroökonomische Bild wird von einer kürzlich erschienenen Studie des European Industrial Relations Observatory (EIRO) über Produktionsverlagerungen zwischen West- und Osteuropa bestätigt. So bemerkt die litauische Berichterstatlerin, dass von den im Zuge des EU-Beitritts angekündigten Investitionen nur wenige realisiert worden sind. Gesichertes Erkenntnis habe sie nur über *ein einziges* Beispiel von Produktionsverlagerungen im Zuge des EU-Beitritts, ein Produzent von synthetischen Seilen (Blazienie 2006).

Es gibt allerdings Unterschiede zwischen den baltischen Staaten, und gemeinhin gilt Estland als der wirkliche Tiger. In der Tat hat Estland erheblich mehr Direktinvestitionen angezogen als die anderen baltischen Länder. Ein Großteil dieser Investitionen scheint allerdings nach wie vor der Suche nach Marktkontrolle und weniger der Produktionsverlagerung geschuldet zu sein. ADI fließen vorrangig in Dienstleistungen wie Banken, Versicherungen, Handel und Infrastruktur. Unter der verarbeitenden Industrie ist es allein der Elektroniksektor, der als moderner Sektor in relevanterem Maße ADI anzieht. Aber auch das bedeutet nicht, dass von Estland ein enormer Anpassungsdruck auf die westeuropäischen Staaten ausgeübt wurde. Die Berichterstatler der oben erwähnten Studie kommen vielmehr zu dem Schluss, dass Estland eines der letzten Länder in der Verlagerungskette ist. ADI in der verarbeitenden Industrie erreichen Est-

land erst, wenn andere Standorte in der Region zu teuer geworden sind (Eamets/Philips 2006).

Es sind also insgesamt nicht die neoliberalen baltischen Staaten, sondern die Visegrad-Staaten, die mit ihren Subventions- und Industriepolitiken und ihren im osteuropäischen Vergleich durchaus großzügigen Sozialstaaten die meisten ADI, auch in der verarbeitenden Industrie, auf sich ziehen. Ihr ADI-induziertes Exportprofil gleicht zudem keinesfalls dem der traditionellen Peripherie: statt in Rohstoffen und arbeitsintensiven Sektoren liegt die Spezialisierung dieser Länder in komplexen Sektoren wie Elektronik, Automobil, Chemie, Pharmazie etc., mithin Sektoren, wie sie auch für die westeuropäischen Länder und insbesondere Deutschland charakteristisch sind. Sind es also diese Länder, die die westeuropäischen Standorte in einer Spirale des Sozial- und Steuerdumpings nach unten ziehen?

Diese Frage kann hier nicht endgültig beantwortet werden. Eine Reihe von Argumenten führen mich allerdings zu einer vorsichtigeren Einschätzung.

Erstens lohnt es sich, einen genaueren Blick auf die Direktinvestitionen, die in den Visegrad-Ländern getätigt worden sind, zu werfen. Zumindest für die ersten zwei Drittel der 1990er Jahre scheint zu gelten, dass vorrangig niederwertige Produktionssegmente in diese Region verlagert worden sind. Die europäischen Automobil-, Elektronik-, Chemie-, Pharmazieunternehmen verlagerten zunächst ihre arbeitsintensivsten Fertigungssegmente, die nur gering qualifizierte Arbeitskräfte nutzten. Die osteuropäischen Standorte trugen damit dazu bei, die westeuropäischen Industrien insgesamt wettbewerbsfähiger zu machen, ohne dass ein starker Druck auf Unternehmenssteuern, Löhne und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ausgeübt worden wäre (siehe z.B. Spatz/Nunnenkamp 2004, Pavlinek 2004).

Die Entwicklung der letzten Jahre deutet allerdings an, dass es langfristig nicht bei dieser komplementären Arbeitsteilung zwischen Ost und West bleiben wird. Insbesondere für Deutschland und in geringerem Maße auch für Frankreich zeichnet sich ein zunehmend intensiver Standortwettbewerb mit den Visegrad-Staaten ab. Es werden höherwertige Produktionssegmente verlagert, und es deutet sich an, dass Produktionskapazitäten stärker in Ost- als in Westeuropa ausgebaut werden. Unternehmen scheinen dabei die osteuropäischen Standorte bewusst zur „Flucht“ aus dem westeuropäischen Sozialmodell zu nutzen (Meardi/Toth 2005). Die Möglichkeit der Standortverlagerung wird von Unternehmen zudem genutzt, um die westlichen Belegschaften insbesondere in Fragen der Entlohnung und der Arbeitszeitflexibilisierung zu Zugeständnissen zu bringen (siehe die Dokumentation des EIRO 2006, insbesondere Stettes 2006). Damit deutet sich in der Tat in einigen Sektoren (insbesondere Automobil, Elektronik, Maschinenbau, Telekom) ein zunehmender Konkurrenzdruck auf westliche Standorte an, der im Abbau von sozialen Standards resultiert. Das Verlagerungspotential nach Osteuropa spielt auch

deshalb so eine zentrale Rolle, weil es mit Krisen und anhaltender Restrukturierung in diesen Sektoren zusammenfällt (Jürgens et al 2006).

Die gängige Interpretation, der zufolge der Wettbewerbsdruck im erweiterten Europa vorwiegend zwischen Ost- und West verläuft, übersieht allerdings, dass es die einzelnen Visegrad-Staaten selber untereinander sind, die sich den härtesten Standortwettbewerb liefern. So machte im Steuerwettbewerb Ungarn mit der Reduzierung der Steuerbelastung für Unternehmen Mitte der 1990er Jahre den Anfang. Die anderen Länder folgten dann, Polen mit einer Steuerreform 1999, und Tschechien im Jahre 2000 (Bönker 2003: 532). Den im Visegrad-Kontext radikalsten Schritt führte die Slowakei im Jahre 2004 mit ihrem Einheitssteuersatz von 19% für die Einkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer durch. Damit senkte die Slowakei ihre Unternehmenssteuer drastisch und verzichtete auf eine progressive Einkommenssteuer ebenso wie auf einen reduzierten Steuersatz für die Güter des täglichen Bedarfs. Wie die Deutsche Bank Forschungseinheit (2003: 5) zutreffend formuliert, mutet die Slowakei „mit der steuerlichen Fokussierung auf den Konsum ihren Bürgern kurzfristig einiges zu [...], um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu verbessern“. Zugleich führte die Slowakei einen weitreichenden Sozialabbau durch. Die Arbeitslosenunterstützung wurde halbiert und das Kindergeld drastisch gekürzt.⁶ Schließlich geriet auch die Arbeitsgesetzgebung in das Visier der Reformer (EIRO 2003). Dieses Reformpaket katapultierte die Slowakei innerhalb kürzester Zeit von seinem Profil des eingebetteten Neoliberalismus hin zu dem des baltischen Neoliberalismus, allerdings mit einer Ausnahme: die Slowakei kombinierte die Kürzungen mit großzügigen Investitionsanreizen für ausländische Investoren, und es gelang ihr mehrfach, sich im Wettbewerb unter den Visegrad-Staaten um größere Direktinvestitionen erfolgreich durchzusetzen.

TNKs können die Visegrad-Staaten deshalb so gut gegeneinander ausspielen, weil diese einerseits auf Kapitalimporte angewiesen sind und weil es andererseits für die TNKs kaum einen Unterschied macht, in welchem der vier Länder sie sich tatsächlich ansiedeln. In der Tat haben sich transnationale industrielle Cluster herausgebildet, die den Südwesten Polens, die Tschechische Republik, den Westen der Slowakei sowie Ungarns umfassen. Ob Industrien diesseits oder jenseits der jeweiligen nationalen Grenzen angesiedelt werden, spielt damit so gut wie keine Rolle. Wenn es also zu einem *race to the bottom* kommen sollte innerhalb der EU, wäre der Nährboden hier am günstigsten.

Tatsächlich sind der „Baltisierung“ der Slowakei, und der Visegrad-Staaten insgesamt allerdings aus zwei Gründen Grenzen gesetzt. Erstens sind, im Gegensatz zu den baltischen Staaten, in denen die Hegemonie rechts-liberaler Kräfte von den Gesellschaften nicht hinterfragt wurde, die Marktreformen in den Ge-

6 Diese Maßnahmen richteten sich ganz vorwiegend gegen die Roma-Minderheit, die überproportional von diesen Sozialleistungen abhängt. Die Kürzungen führten zu heftigen Revolten.

sellschaften der Visegrad-Staaten sehr viel härter umstritten.⁷ So sind die liberalen Parteien, die in den Anfangsjahren der Transformation eine zentrale Rolle gespielt haben, zumeist zu marginalen Kräften verkommen. Auch versuchen Regierungen unterschiedlicher Couleur immer wieder die Sozialversicherungssysteme zu reformieren und die Leistungen zu kürzen. Ebenso regelmäßig werden diese Regierungen allerdings von den Wählern abgestraft, was zu Kehrtwendungen in der Sozialpolitik führt. Zunehmend wird der Protest gegen marktradikale Reformen von nationalistisch-populistische Kräften gebündelt (siehe den Beitrag von Joachim Becker in diesem Heft). In Polen und der Slowakei, in der diese Kräfte in der Regierung sind, zeichnet sich die Rücknahme einiger Elemente des Sozialabbaus ab, in der Slowakei wird darüber hinaus geplant, Elemente der Steuerreform rückgängig zu machen (*Slovak Spectator*, 7. August 2006).

Zweitens sind die ADI, die diese Länder auf sich ziehen, keinesfalls so hypermobil, dass sie die Region umstandslos wieder verlassen könnten, sollten die sozialen Standards oder die Steuern zu hoch werden. Trotz der Transnationalisierung der Produktion ist die Automobilindustrie beispielsweise immer noch auf wenige Länder dieser Welt beschränkt, und sie ist hochgradig regional konzentriert. Es ist kein Zufall, dass sich in Osteuropa nur wenige Länder als Standorte der Automobilproduktion etablieren konnten. Die Industrie ist voraussetzungsvoll in Bezug auf Infrastruktur und Arbeitskräfte, und setzt damit auch weitreichende staatliche Aktivitäten voraus. Vertreter des „Variety of Capitalism“ Ansatzes argumentieren darüber hinaus, dass für diese Sektoren kooperative Beziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern funktionaler sind als deregulierte industrielle Beziehungen. Sie sehen zudem die prinzipielle Bereitschaft von Unternehmen, höhere Löhne sowie den Ausbau des Sozialstaats und dabei insbesondere die Arbeitslosenversicherung zu unterstützen, da dies die Bereitschaft der Arbeitnehmer, firmen- und industriespezifische Fertigkeiten zu erlernen, erhöhe (Estevez Abe et al 2001, Iversen 2005).

Dies bedeutet zunächst nicht mehr, als dass auch in den osteuropäischen Staaten das *Potential* zur Mobilisierung von Gegentendenzen zum Sozialabbau und Steuerdumping größer ist, als es in dem Diskurs des *race to the bottom* angenommen wird. Aufgrund des engen Korsetts der wettbewerbstaatlichen Integrationsweise scheint es in MOE derzeit ebenso wenig möglich, diese

7 Litauen ist eine Ausnahme. Einen zentralen Grund, warum die neoliberalen Reformen in Lettland und Estland bislang nicht umstritten sind, liegt in dem Vorrang von Identitätspolitik gegenüber Klassenpolitik. Radikale Reformen in diesen Ländern waren zugleich ein Mittel der Dekolonialisierung, d.h. des weitestgehenden Zurückdrängens des russischen Einflusses. Diese Politik wird von vielen ethnischen Esten bzw. Letten nach wie vor unterstützt. Zugleich haben die restriktiven Staatsbürgerschaftsrechte dafür gesorgt, dass die ethnischen Russen, die von der Deindustrialisierung und den sozialen Konsequenzen der radikalen Reformen am stärksten betroffen sind, ihren Protest nicht artikulieren können (siehe ausführlicher Bohle/Greskovits 2007).

Gegentendenzen wirkungsvoll und langfristig gegen weiteren Liberalisierungsdruck zu mobilisieren wie in Westeuropa.

5. Schluß

Mit dem Binnenmarktprojekt, der Wirtschafts- und Währungsunion und zuletzt der Lissabon Strategie hat sich eine wettbewerbsstaatliche Integrationsweise in der EU herausgebildet, aus der die Kräfte des Marktes wesentlich gestärkt hervorgehen. Drei Ursachen haben allerdings bislang dazu beigetragen, dass der europäische Kapitalismus im Vergleich zum von den USA ausgehenden neoliberalen Kapitalismus eingebetteter erscheint: Die institutionellen Beharrungskräfte des fordistischen Sozialmodells, das europäische Mehrebenensystem, welches Akteuren mehr institutionelle Einspruchsmöglichkeiten eröffnet als der US amerikanische Föderalismus, und die industrielle Grundlage des europäischen Kapitalismus, welcher stärker in der „alten Ökonomie“ verankert ist als der US amerikanische. Trotz des Konkurrenz- und Deregulierungsdrucks, welches von der Osterweiterung ausgeht, stellt diese meines Erachtens den eingebetteten Neoliberalismus nicht grundsätzlich in Frage. Erstens sind es nicht die kleinen, von den einschlägigen Wirtschaftsforen hochgelobten „baltischen Tiger“ mit ihren hochgradig liberalisierten und deregulierten Wirtschaften, ihren minimalen Staaten, den kaum existierenden sozialen Netzen und Unternehmenssteuern, von denen der größte Wettbewerbsdruck in der erweiterten EU ausgeht, sondern vielmehr die Visegrad-Staaten, mit ihren Subventions- und Industriepolitiken und ihren im osteuropäischen Vergleich durchaus großzügigen Sozialstaaten. Diese Staaten entsprechen einer abhängigen Variante des eingebetteten Neoliberalismus. Zweitens gibt es in den Visegrad-Staaten Gegenbewegungen zum radikalen Steuer- und Sozialabbau. Politisch manifestiert er sich in häufigen Regierungswechseln. In Polen und der Slowakei bündelt sich die gesellschaftliche Unzufriedenheit mit den Marktformen derzeit in national-populistischen Regierungen. Drittens sind auch die ökonomischen Strukturen der Visegrad-Staaten nicht einfach kompatibel mit einem radikalen Neoliberalismus. Wie in Kontinentaleuropa, so bilden auch in den Visegrad-Staaten die Industrien der „alten Ökonomie“ die wirtschaftliche Grundlage. Im Gegensatz zu der Sichtweise von Osteuropa als „Trojanisches Pferd der Amerikanisierung“ sehe ich deshalb die Visegrad-Staaten in ähnlicher Weise wie die kontinentaleuropäischen Staaten eingezwängt in das Korsett einer äußerst inkohärenten Regulationsweise, welche einseitig die Partikularinteressen transnationaler Konzerne fördert, während breitere gesellschaftliche Interessen kaum mehr repräsentiert werden, und welche damit die gegebenen Produktionsregime eher desorganisiert denn reorganisiert (vgl. Biebling in diesem Heft).

Literatur

- Altvater, Elmar (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaates in den nationalen Wettbewerbsstaat, in: *PROKLA* 97, Bd. 24, Nr. 4, S. 517-547.
- Balanya, Belen; Doherty, Anne; Hoedeman, Oliver; Ma'anit, Adam und Wesselius, Erich (2000): *Europe Inc. Regional and Global Restructuring and the Rise of Corporate Power*. London.
- Beckmann, Martin; Bieling, Hans-Jürgen (2005): Europäische Union: Ziviler oder imperialer Globalisierungsakteur? *Widerspruch* Bd. 25, Nr. 48, S. 115-124.
- Bieling, Hans-Jürgen; Deppe, Frank (2003). Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl., Opladen: Leske+Budrich.
- Blaziene, Inga (2006): Relocation of Production and Industrial Relations - Case of Lithuania. <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2005/11/study/index.html>.
- Bönker, Frank (2003): Steuerpolitische Aspekte der EU-Osterweiterung. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* Bd. 72, No. 4, S. 522-534.
- Bohle, Dorothee (2002a): *Europas Neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Integration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bohle, Dorothee (2002b): Neoliberale Restrukturierung und transnationales Kapital in der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. *PROKLA* 128, 32. Jg. Nr. 2, S. 353-376.
- Bohle, Dorothee; Greskovits Bela (2006): Capitalism without Compromise: Strong Business and Weak Labor in Eastern Europe's New Transnational Industries. *Studies in Comparative International Development*, Bd. 41, Nr. 1, S. 3-25.
- Bohle, Dorothee; Greskovits Bela (2007): Neoliberalism, Embedded Neoliberalism, and Neocorporatism: Paths towards Transnational Capitalism in Central-Eastern Europe. *West European Politics*, erscheint im Frühling.
- Brie, Andre (2005): Zertrümmerung oder Erneuerung des Sozialstaates. Thesen. *Widerspruch* Bd. 25, No. 48, S. 95-106.
- Deutsche Bank Research (2005): Staatliche Finanzierungssysteme im Wettbewerb. 8. Dezember 2005.
- Drahokoupil, Jan (2006): State of the Capitalist State in East-Central Europe: Towards the Portenarian Workfare Postnationalist Regime? In Sergi, W.S.; Bagatelas, W.T. (Hrsg.): *Handbook on Postcommunist European Economies and Politics*. Aldershot: Ashgate.
- Eamets, Raul; Philips, Kaia (2006): Relocation of Production and Industrial Relations - Case of Estonia. <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2005/11/study/index.html>
- Estevez-Abe, Margarita; Iversen, Torben und David Soskice (2001): Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State. In Hall, Peter A. und D. Soskice (Hrsg.), *Varieties of Capitalism, The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, Oxford University Press, S. 145-83.
- EIRO 2006: Relocation of Production and Industrial Relations: Summary Report. <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2005/11/study/index.html>
- EIRO 2003: Slovakia: Fundamental Changes Made to Labor Code. <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2003/12/feature/sk0312103f.html>
- Feldmann, Magnus (2001): The Fast Track from the Soviet Union to the World Economy: External Liberalization in Estonia and Latvia. *Government and Opposition*, Bd. 36, Nr. 4, S. 537-558.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, Westfälisches Dampfboot, S. 23-50
- Habermas, Jürgen; Derrida, Jacques (2003): Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Mai.
- Hall, Peter; Soskice, David (Hrsg. 2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundation of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin-Amsterdam, Edition ID-Archiv.
- Hofbauer, Hannes (2005): Der Hinterhof der Europäischen Union. Gewinner und Verlierer der Osterweiterung. *Widerspruch* 48, Bd. 25, S. 137-144.
- Iversen, Torben (2005): *Capitalism, Democracy and Welfare*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Jessop, Bob (2006): State- and Regulation-Theoretical Perspectives on the European Union and the Failure of the Lisbon Strategy. *Competition and Change*, Bd. 10, No. 2, S. 141-161.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory: Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge: Polity Press.
- Jürgens, Ulrich; Krzywdzinski, Martin; Christina Teipen (2006): Changing Work and Employment Relations in German Industries - Braking Away from the German Model. WZB-Discussion Paper SPIII-2006-302.
- Lindstrom, Nicole; Piroška, Dora (2002): Slowenischer Weg? Die Politik der „Europäisierung“ in Europas südöstlicher Peripherie. *PROKLA* 128, 32. Jg. Nr. 2, S.421-440.
- Meardi, Guglielmo; Toth, Andras (2005): Who is Hybridising What? Insights on MNCs' employment practices in Central Europe. In: Ferner, Anthony; Quintanilla, Javier; Sanchez-Runde, Carlos (Hrsg.): *Multinationals and the Construction of Transnational Practices: Convergence and Diversity in the Global Economy*, Basingstoke: Palgrave.
- Orenstein, Mitchell A.; Haas, Martine R. (2002): Globalization and the Development of Welfare States in Post-Communist Europe. BCSIE Discussion Paper 2002-02.
- Ost, David (2000): Illusory Corporatism in Eastern Europe: Neoliberal Tripartism and Post-communist Class Identities. *Politics and Society*, Bd. 28, Nr. 4, S. 503-530.
- Palan, Ronan (2006): Is the Competition State the New, Post-Fordist, Mode of Regulation? Regulation Theory from an International Political Economy Perspective. *Competition and Change*, Bd. 10, No. 2, S. 246-262.
- Pavlinek, Peter (2004). Transformation of the Central and East European Passenger Car Industry: Selective Peripheral Integration through Foreign Direct Investment. In Tumock, D. (Hrsg.): *Foreign Direct Investment and Regional Development in East Central Europe and the former Soviet Union: A Collection of Essays in Memory of Professor Francis 'Frank' Carter*. Aldershot: Ashgate, S. 71-102.
- Pierson, Paul (2001): Coping with Permanent Austerity. Welfare State Restructuring in Affluent Democracies. In ders. (Hrsg.), *The New Politics of the Welfare State*. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 410-456.
- Polanyi, Karl (1977): *The Great Transformation. Politische und Ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Riboud, Michelle; Sabchez-Paramo, Carolina und Silva-Jauregui, Carlos (2002). Does Eurosclerosis Matter? Institutional Reforms and Labor Market Performance in Central and Eastern European Countries in the 1990s. Social Protection Unit, Human Development Network, the World Bank.
- Rifkin, Jeremy (2004): *Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Ruggie, John G. (1982): International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order. *International Organisation* 47, Nr. 1, S. 379-416.
- Slovak Spectator: Social State or Return to the Past? 7. August 2006
- Spatz, Julius; Nunnenkamp, Peter (2004): Globalization of the Automobile Industry - Traditional Locations under Pressure? In: Faust, Michael; Voskamp Ulrich, Wittke, Volker (Hrsg.): *European Industrial Restructuring in a Global Economy: Fragmentation and Relocation of Value Chains*. Göttingen: SOFI Berichte.
- Stanojevic, Miroslav (2003): Worker's Power in Transition Economies: The Cases of Serbia and Slovenia. *European Journal of Industrial Relations*, Bd. 9., No. 3, S. 283-301.
- Stettes, Oliver 2006: Relocation of Production and Industrial Relations - Case of Germany. <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2005/11/study/index.html>
- Urban, Hans-Jürgen (2003): Die neue Sozialpolitik. Zum Zusammenhang von europäischer Integration und nationalstaatlichem Sozialabbau. *Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung* Nr. 55, S. 20-31.
- Van Apeldoorn, Baastian (2000): Transnationale Klassen und Europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Bieling, Hans Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hrsg.) *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, Westfälisches Dampfboot, 189-221.
- Wissen, Markus (2005). Europäische Wettbewerbsstaatlichkeit. Die Rolle der EU im Prozess der neoliberalen Restrukturierung. *Widerspruch* Bd. 25, Nr. 48, S. 31-38.
- World Economic Forum (2004): The Lisbon Review. An Assessment of Policies and Reforms in Europe. <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Lisbon%20Review/index.htm>
- Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der Europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*. Münster, Westfälisches Dampfboot.